

Niederschrift über die Sitzung
am 25.05.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, 2. Etage, Rochdale-Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Pamuk

Herr Rüter

SPD-Fraktion

Frau Pohlreich

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Remmo

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Herr Düger

Frau Düsün

Herr Erarslan

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Tas

Herr Tasar

Frau Xavier

Herr Aka

Frau Argyriadou

Herr Sever

Stellvertretende Mitglieder:

Frau Acar-Gökce

Herr Gügen

Frau Samkange-Zeeb

Gäste:

Herr Schwarz, Bielefelder Bürgerstiftung
Frau Voss, Bielefelder Bürgerstiftung
Frau Kräussl, Lutherschule

Von der Verwaltung

Herr Oberbürgermeister David
Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister
Herr Feix, Amt 400
Frau Kummernuß, Leiterin der RAA
Herr Voßhans, Amt 550
Frau Grewe, Ausländerbeauftragte

Entschuldigt fehlen

Herr Önder

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Sitzung bedankt sich Frau Vorsitzende Argyriadou bei Herrn Oberbürgermeister David für die Teilnahme an der Sitzung des Migrationsrates. Die Mitglieder mahnen die rechtzeitige Vorlage der Berichte an zur Vorbereitung auf die Sitzungen. TOP 8: Die Vorstellung des Arbeitsberichtes der RAA wird auf die nächste Sitzung verschoben. Ferner wird TOP 9 vorgezogen.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner vor.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.04.2005

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung am 20.04.2005 wird genehmigt.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Herr Remmo lädt die Mitglieder zum diesjährigen Fest der Kulturen in der Universität ein. Es findet statt am 30.05.2005 in der Uni-Halle.

- Frau Pohlreich weist auf eine Informationsveranstaltung für Mandatsträger hin, die am 22.06.2005 um 17:00 Uhr im neuen Ratssaal stattfinden wird.

- Frau Adilovic-Berends berichtet über die zunehmenden Sorgen der türkischen Nachbarschaft. Die NPD verteile unter der Überschrift „Gute Heimreise“ Propagandamaterial, welches bei den Menschen Ängste auslöse. Sie regt an, den Migrationsrat über solche Vorfälle zu informieren.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

Zu Punkt 4 **Anfragen**

- Herr Tas fragt nach, ob die Stadt Bielefeld sich an dem NRW-Programm „KOMM IN NRW“ beteiligt habe.
- Frau Grewe erklärt, dass die Stadt für zwei Maßnahmen einen Antrag gestellt habe. Sie werde den Migrationsrat nach einer möglichen Genehmigung ausführlich über beide Maßnahmen informieren.
- Frau Adilovic-Berends bittet die Verwaltung/ Gleichstellungsstelle darüber zu berichten:
 - Wieviele Angebote/ Projekte für Migrantinnen in Bielefeld vorgehalten werden.
 - Wer ist der Träger und welche Inhalte haben die Angebote.
 - Wie wird die Zielgruppe darüber informiert.
- Herr Düger macht auf die Anlage des Naturkunde-Museums in Bezug auf ein Projekt für Migrantenfamilien aufmerksam und bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Finanzierung möglich sei. Er halte das Projekt in Hinblick auf den sozialintegrativen Charakter für sehr unterstützungswert.
- Herr Sever fragt nach dem Stand der Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes sowie der Umsetzung der Intergrationskurse in Bielefeld. Frau Vorsitzende Argyriadou fügt hinzu, dass der Evangelische Gemeindedienst die Einrichtung einer Clearingstelle diesbezüglich für notwendig erachte. Wegen der Wichtigkeit und Aktualität werde der Vorstand dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung setzen.

Anschließend appelliert Herr Sever an Herrn Oberbürgermeister David, die Personalsituation in der Ausländerbehörde zu verbessern. Herr Mazaca hält den Zustand in den Fluren für die Besucher für unerträglich. Es sei dringend notwendig, die Situation zu verbessern. Für eine Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ausländerbehörde plädieren mit Nachdruck Frau Pohlreich und Herr Erarslan.

Herr Oberbürger David versichert, dass er der Sache nachgehen werde. Es müsse zunächst geprüft werden, ob es möglich sei, auch organisatorisch Änderungen vorzunehmen. Es herrsche auch in anderen Bereiche Mangel an Personal. Er werde sich aber persönlich ein Bild von der Situation vor Ort machen. Die Vorsitzende werde eine Rückmeldung im Nachhinein erhalten.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

Zu Punkt 5 **Berichte aus den Ausschüssen**

- Herr Tas berichtet über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Frau Goedel-Hoche habe in der Sitzung zum Stand der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) berichtet. Er regt an, das Thema auch im Migrationsrat zu behandeln.
- Frau Acar-Gökce berichtet über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsaus-

schusses.

- Herr Düger schildert die Diskussion im Schul-und Sportausschuss. Er habe nicht nachvollziehen können, warum keine ausländischen Sportvereine bei der Gewährung der Zuschüsse für Sportanlagen berücksichtigt wurden. Herr Rütter korrigiert den Eindruck dahingehend, dass die Zuschüsse aus unterschiedlichen Töpfen gewährt würden. Hier handele es sich um Sportvereine, die über vereinseigene Anlagen verfügten. Ferner sei in all diesen Vereinen der Anteil der Spieler mit Migrationshintergrund sehr groß.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 6 Stipendienprogramm START

Die Vorsitzende Frau Argyriadou begrüßt Frau Voss und bedankt sich für ihre Bereitschaft, über das Stipendienprogramm START zu berichten. Frau Voss erklärt, dass das Stipendienprogramm eine effektive Unterstützung für begabte und engagierte Zuwandererkinder und -jugendliche in Bielefeld vorsehe.

Um begabten und engagierten Kindern und Jugendlichen von Zuwanderern verstärkt die Möglichkeit einer höheren Schulbildung und, damit verbunden, bessere Chancen für eine gelungene Integration bieten zu können, haben die Bielefelder Bürgerstiftung und die Gemeinnützige Hertie-Stiftung mit der Stadt Bielefeld das Stipendienprogramm START in Bielefeld ins Leben gerufen. Seit dem Frühjahr 2004 arbeiteten die Bielefelder Bürgerstiftung, die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und die Stadt Bielefeld an der Realisierung dieses Programms für die Stadt Bielefeld.

Die RAA mit dem Auftrag zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien erklärte sich sofort zur Mitarbeit bereit. Sie übernahm im Rahmen ihrer Aufgabenstellung die verwaltungsfachliche und pädagogische Unterstützung in diesem Projekt. Sie informierte die Projektpartner über alle wesentlichen Entwicklungen, die das Projekt betrafen und vermittelte Kontakte zu Schulen und Institutionen. Nach einem Auswahlverfahren unter 36 Bewerberinnen und Bewerber, die von den Schulen vorgeschlagen wurden, seien dann sechs Personen unterschiedlicher Nationalität für das Stipendium ausgewählt worden.

Seit November 2004 befinden sich ein Junge und fünf Mädchen unterschiedlicher Nationalität und Schulform in diesem Stipendienprogramm. In einer feierlichen Aufnahmezeremonie am 07.12.2004 im Bielefelder Rathaus wurden ihnen von der Vertreterin der Bielefelder Bürgerstiftung die Stipendienurkunden überreicht.

Am darauf folgenden Wochenende fuhr die Gruppe nach Bad Homburg, um sich dort mit etwa 100 weiteren Stipendiat/innen aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen und Berlin zu einem Rhetorikseminar zu treffen.

Im Januar 2005 habe die finanzielle Förderung begonnen, die 100 Euro monatlich betrage und auch eine PC-Ausstattung mit Internetanschluss beinhalte. Für die Jugendlichen sei nicht die materielle Förderung das Wichtigste, sondern die Anerkennung, der Kontakt zu anderen Stipendiat/innen, die Betreuung durch Paten aus Wirtschaftsunternehmen und Banken, die geplanten Ex-

kursionen und Bildungsseminare. Das Bedeutendste für die Stifter ist ihre Vorbildfunktion für andere, die weitere Migrantenjugendliche zu Leistung und Engagement anspornen sollte. Für das nächste Jahr sehe die Stiftung die Unterstützung von zwei weiteren Jugendlichen vor.
Zum Schluss geht Frau Voss auf die Fragen von Frau Cascante und Herrn Tas ein.

Frau Vorsitzende Argyriadou wünscht bei dem Vorhaben weiterhin viel Erfolg.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache *

Zu Punkt 7 BLK-Program Modul 4-Sprachförderung im Übergang Schule - Beruf

Die Vorsitzende Frau Argyriadou begrüßt Frau Kräussl und bittet um ihr Verständnis für den vorgezogenen TOP.

Zu Beginn ihrer Ausführungen erläutert Frau Kräussl den von der Bund-Länder-Kommission (BLK) initiierten Modellversuch:

„Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“.

Die Schwerpunkte (Module) des BLK-Modellversuchs in NRW im Überblick:

1. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung
2. Sprachförderung als Baustein von Ganztagsangeboten
3. Sprachförderprogramme in Deutsch, in den Herkunftssprachen und Fremdsprachen
4. Sprache in der beruflichen Qualifikation / regionale Ausbildungsverbände

Die RAA Bielefeld ist zuständig für das Modul 4:

Konzepte und pädagogische Ansätze im Übergang von der Sekundarstufe zur Berufsausbildung

Das konzipierte Bildungsangebot soll in seiner organisatorischen und praktischen Umsetzung auf die spezifischen Voraussetzungen, Bedürfnisse und Herausforderungen von benachteiligten Jugendlichen - hier: Jugendliche mit Migrationshintergrund - ausgerichtet sein.

Zielvorstellungen sind:

- Zur Geltung bringen von Stärken migrierter Schüler/innen als Vorzüge auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt
- Kompensieren von Schwächen durch Sprachförderung
- Berufsorientierungshilfen, Anleitung und Unterstützung im Bewerbungsverfahren
- Auf- und Ausbau eines beruflichen Qualifizierungsnetzwerkes

für Migrant/innen und Jugendliche aus Aussiedlerfamilien

Neben den Standardformen der Berufs- und Lebensvorbereitung, die in den Schulen zum Schulprogramm gehören und seit Jahren durchgeführt werden, haben Schulen der Sekundarstufe I vielfältige Kooperationen und Verzahnungen mit Institutionen und Betrieben für den Übergang Schule/Beruf entwickelt, die erfolgreich umgesetzt und begleitet werden (**Anlage**).

Der BLK-Modellversuch, Modul 4 „Sprache in der beruflichen Qualifikation“, soll die bestehenden Bildungsangebote unterstützen und erweitern.

Sechs Schulen der Sekundarstufe I mit einem hohen Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden an dem auf fünf Jahre ausgelegten Projekt teilnehmen. Das konzipierte Bildungsangebot setzt sich aus Bausteinen zusammen, die in ihrer flexiblen und organisatorischen Struktur auf die spezifischen Bedürfnisse und Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sind und das Bildungsangebot der teilnehmenden Schulen erweitern soll.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

Zu Punkt 8 Vorstellung des Arbeitsberichtes der RAA

-Wird in der Sitzung am 22.06.2005 behandelt-

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache *

Zu Punkt 9 Vorschulische Sprachförderung in Bielefeld

Herr Schwarz von der Bielefelder Bürgerstiftung erklärt zu Beginn seiner Erläuterungen zunächst die Bedeutung der Sprachförderung zu Anfang des Eintritts in den Bildungsprozess bzw. schon im Kindergarten.

Diese Sprachförderung – das sei im Allgemeinen die Vermittlung der deutschen Sprache als Zweitsprache – könne und dürfe sich nicht beiläufig entwickeln. Sie sei pädagogisch-konzeptionell und organisatorisch-professionell zu organisieren und müsse in ausreichendem Umfang erfolgen.

In den Bielefelder Kindertagesstätten – seien sie in städtischer oder in freier Trägerschaft – wurden in den vergangenen Jahren sehr bewusst Konzepte zur Sprachförderung von Vorschulkindern mit Migrationshintergrund entwickelt und auch koordiniert. Die Einbettung dieser Maßnahmen in den Alltag der Kindertagesstätten werde als Teil des ganzheitlichen Bildungsauftrages der Vorschulpädagogik vollzogen.

Auch das Land NRW fördere seit einiger Zeit die Sprachförderung von Vorschulkindern mit Migrationshintergrund. In Bielefeld habe man sich darauf verständigt, diese gemäß den Richtlinien des Landes finanzierte Sprachförderung in zwei Phasen durchzuführen:

1. Den vierjährigen Migrantenkindern sei eine durch die jeweiligen Kindertagesstätten zu organisierende 10-monatige Sprachfördermaßnahme gewidmet.
2. Eine weitere 6-monatige Maßnahme gelte Migrantenkindern, die sich unmittelbar vor ihrem Schuleintritt befänden. Die Grundschulen übernehmen diese Sprachförderung.
3. Die Koordination dieser Maßnahmen erfolge über die Stadt Bielefeld (Amt für Planung und Finanzen Jugend, Soziales, Wohnen und Amt für Schule und städtische Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen) und eine vom Jugendhilfeausschuss autorisierte Arbeitsgemeinschaft „Interkulturelle Erziehung und Sprachförderung“.

Darüber hinaus seien aber auch die Sprachfördermaßnahmen genannt, die durch private Initiativen in einigen Kindertagesstätten installiert würden und unterschiedliche pädagogische Konzepte verfolgten.

Hierfür stehe exemplarisch das **SPRACHSCHATZPROJEKT** der Bielefelder Bürgerstiftung, das in vier Bielefelder Kindertagesstätten durchgeführt werde und sich aus privaten Spenden finanziert. Dieses Projekt orientiere sich an einem anspruchsvollen pädagogischen Konzept:

- Die Sprachfördermaßnahme erstreckt sich über einen langen Zeitraum (3Jahre).
- Die deutsche Sprache wird als Zweitsprache vermittelt auf der Basis der Muttersprache als Erstsprache.
- Die Familien sind in die Sprachförderung einzubeziehen. Sie werden ermutigt, mit den Kindern die Muttersprache zu praktizieren und sich am Bildungsprozess des eigenen Kindes bewusst zu beteiligen.
- Die Sprachförderung ist eingebettet in den ganzheitlichen Bildungsauftrag der Kindertagesstätte

Alle Beteiligten seien sich über folgende Erkenntnisse einig:

1. Die Sprachförderung sei für einen längeren Zeitraum vorzusehen.
2. Sprachförderung müsse in ein ganzheitliches pädagogisches Konzept eingebettet sein und dürfe nicht als Trainingsprogramm auf kurzfristige, aber weniger nachhaltige Lernerfolge ausgelegt sein.
3. Die im Allgemeinen eher bildungsfernen Familien der geförderten Kinder müssen in den Bildungsprozess der Kinder einbezogen werden. Sie müssen dazu angehalten werden und auch dabei begleitet werden, ihren Kindern zu Hause die Lernatmosphäre zu schaffen, die für schulische Lernerfolge unerlässlich sei.

In diesem Kontext habe der Initiativkreis vorgeschlagen,

- eine Bündelung der durch das Land NRW für die Stadt Bielefeld veranschlagten Mittel zur Sprachförderung von Migrantenkindern vorzunehmen. Diese Mittel sollten der Stadt Bielefeld vom Land NRW zur autonomen Gestaltung der Sprachfördermaßnahmen im Vorschulalter übertragen werden.
- für die Familien der geförderten Kinder begleitende Informationsveranstaltungen zu installieren. Die für die Effektivität dieser Maßnahmen notwendig

ge intime und vertrauensvolle Atmosphäre lasse sich wahrscheinlich am ehesten in der den Eltern schon bekannten KiTa erzeugen, schwieriger in dem neuen Erfahrungsbereich Schule.

Der Bezirksverband OWL der AWO habe angeboten, die Aufgabe einer solchen Agentur zu übernehmen, Honorarkräfte einzustellen und auch zu qualifizieren. Die Agentur würde die Honorarkräfte für die Bielefelder Kindertagesstätten der unterschiedlichen Träger vorhalten und vermitteln. Die AWO würde diese Arbeit aus ihren Mitteln bestreiten.

Nun bestehe die Möglichkeit und Hoffnung, das Bielefelder „Sprachschatzprojekt“ bald umzusetzen. Die Bürgerstiftung werde weitere Projektpaten einwerben, dazu stehe die Bürgerstiftung dem Oberbürgermeister im Wort. In diesem Zusammenhang plädiert Herr Schwarz an die ausländischen Unternehmer, sich aktiv an diesem Projekt durch die Übernahme von Patenschaften zu beteiligen.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Schwarz hebt Herr Oberbürgermeister David hervor, dass jedes Kind in Bielefeld, das einen Kindergarten besucht habe, über ausreichende Sprachkompetenz verfügen sollte, um dem Unterricht in der ersten Klasse folgen zu können. Durch gemeinsame Anstrengungen werde es auch gelingen, eine finanzielle Grundlage zu schaffen.

Herr Düger, Herr Mazaca, Frau Adilovic-Berends und Herr Erarslan bringen ihre Freude und Unterstützung für dieses überschaubare und effektive Sprachförderkonzept zum Ausdruck und danken allen Beteiligten. Die Vorsitzende Frau Argyriadu erklärt, dass der Migrationsrat das Projekt mit allen Anstrengungen unterstützen werde. Sie dankt Herrn Schwarz für das beispiellose und leidenschaftliche Engagement.

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 10 Verabschiedung des bildungspolitischen Papiers des Migrationsrates

Herr Sever weist darauf hin, dass die Vorlage bzw. die unterbreiteten Maßnahmen als Bestandteil eines städtischen Gesamtkonzeptes zur erfolgreichen Integration der Zuwanderer/innen zu verstehen sei. Die Vorschläge hätten keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Arbeitsgruppe Bildung habe darauf geachtet, möglichst Vorschläge zu erarbeiten, die ohne große Hindernisse umsetzbar seien. In der Arbeitsgruppe „Bildung“ hätten neben den Vertretern der Fraktionen und Mitgliedern des Migrationsrates auch Vertreter der Eltern- und Lehrervereine sowie der Projektleiter von BQN OWL mitgewirkt. Das Arbeitspapier sei das Ergebnis eines konsensual geführten Diskursprozesses. Der Vorstand habe von Anfang an Wert darauf gelegt, den Fachausschüssen und dem Rat einen einstimmig gefassten Beschluss des Migrationsrates vorzulegen. Der Vertreter des Migrationsrates im Schul- und Sportausschuss Herr Düger schlägt vor, das bildungspolitische „Papier“ durch folgende zwei Punkte zu ergänzen:

- die Fortsetzung und der Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts (MSU) sollte gesichert werden.
- um die Konzentration von Migrantenkindern auf bestimmten Schulen zu

vermeiden, sollten Änderungen der Schulbezirksgrenzen vorgenommen werden.

Er erläutert: in den vergangenen Jahren seien viele muttersprachliche Lehrkräfte in den Ruhestand gegangen und die Stellen nach seiner Erkenntnis nicht wieder besetzt worden. Die Beherrschung der Erstsprache/ Muttersprache sei die Voraussetzung für das Erlernen einer Zweitsprache. Dies werde von allen Sprachwissenschaftlern auch bestätigt. Er plädiere an die Schulaufsicht, in dieser Frage eine pragmatische Lösung zu finden.

Herr Rüter erklärt, dass er die Vorschläge der Arbeitsgruppe für sehr konstruktiv und sinnvoll hält. Er sei von der Verwaltung angesprochen worden, das „Papier“ erst dann in den Fachausschüssen zu behandeln, wenn eine verwaltungsintern abgestimmte Stellungnahme vorläge. Deshalb solle die Empfehlung des Migrationsrates nicht in den nächsten Sitzungen der Fachausschüsse behandelt werden.

Frau Cascante unterstreicht die Sinnhaftigkeit und Relevanz der vorgelegten Empfehlungen. Aus ihrer Sicht sei das Papier das beste Arbeitsergebnis der letzten 15 Jahren aus diesem Gremium. Sie habe mit großer Freude in der Arbeitsgruppe mitgewirkt. Die Diskussion in der Arbeitsgruppe sei sehr konstruktiv und sachlich gelaufen. Deswegen unterstütze Sie das „Papier“.

Frau Vorsitzende Argyriadou weist darauf hin, dass die Fraktionsvertreter und die zuständigen Verwaltungsstellen rechtzeitig über das vorliegende „Papier“ in Kenntnis gesetzt worden seien. Sie könne auch nicht nachvollziehen, warum die Verwaltung erst eine Stellungnahme abgeben solle, damit es in den Fachausschüssen behandelt werde. Die Vorschläge gingen von der Arbeitsgruppe aus. Der Migrationsrat plädiere an die Fachausschüsse, das bildungspolitische „Papier“ des Migrationsrates zu unterstützen. Den Vorschlag von Herrn Feix, dieses als 1. Lesung zu verstehen, halte sie nicht für sinnvoll.

Sie schlage vor, das bildungspolitische „Papier“ der Arbeitsgruppe „Bildung“ zur Verbesserung der Schulsituation mit folgenden Ergänzungen zu verabschieden:

- **die Fortsetzung und Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts (MSU) sollte gesichert werden**
- **um die Konzentration von Migrantenkinder auf bestimmten Schulen zu vermeiden sollten Änderungen der Schulbezirksgrenzen vorgenommen werden.**

Beschluss:

1. Der Migrationsrat beschließt das bildungspolitische Papier der Arbeitsgruppe „Bildung“ mit den vorgeschlagenen Ergänzungen.

2. Ferner appelliert er an den Schul- und Sportausschuss und den Jugendhilfeausschuss, den Beschluss des Migrationsrates zu unterstützen.

3. Der Migrationsrat empfiehlt dem Rat zu beschließen:

3.1. Der Rat nimmt das „Papier“ zustimmend zu Kenntnis (s. Anlage).

3.2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in dem Papier des Mi-

grationsrates vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder aus Zuwandererfamilien umzusetzen. Er erwartet einen jährlichen Bericht über den Stand und die Ergebnisse der umgesetzten Maßnahmen.

- bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache *

ERFOLGREICHE INTEGRATION DURCH BESSERE BILDUNG INTERKULTURELLE BILDUNG FÜR ALLE!

Bildungspolitisches Papier der Arbeitsgruppe „Bildung“ des Migrationsrates der Stadt Bielefeld

In Bielefeld gibt es eine Reihe von Maßnahmen vor allem im vorschulischen und schulischen Bereich, ausgestattet mit erheblichen Ressourcen, organisiert von unterschiedlichen Trägern. Es fehlt allerdings eine Gesamtstrategie, die die Einzelmaßnahmen sinnvoll miteinander koordiniert. Die Erfahrung zeigt, dass viele Einzelmaßnahmen ineffektiv bleiben, weil sie nicht miteinander verbunden sind und der Alltag in anderen Bereichen unverändert bleibt. Der Migrationsrat hat die Verbesserung der schulischen Erfolge zu seinem wichtigsten Arbeitsprogramm erklärt. Dabei sind alle Multiplikatoren und Beteiligten aufgefordert, an diesem Prozess aktiv teilzunehmen. Das Papier ist in diesem Zusammenhang als erster, aber wichtiger Schritt zu bewerten. Dafür ist der politische Wille des Rates unabdingbar.

Schulische Bildung hat als Integrationspotenzial herausragende Bedeutung. Über die Integrationschancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, aber auch in der zukünftigen Wissensgesellschaft allgemein, entscheidet der Erfolg in der Bildung. In Bielefeld hat mittlerweile jedes dritte Schulkind einen Migrationshintergrund. Das hohe Bildungsdefizit dieser Kinder und Jugendlichen ist u.a. auf unzureichende Sprachkenntnisse und fehlende interkulturelle Bildungsinhalte im Schulunterricht zurückzuführen.

Es besteht ein elementares Interesse daran, die junge Migrantengeneration beruflich und gesellschaftlich zu integrieren. Daher ist der Migrationsrat der Überzeugung, dass die kommunale Integrationspolitik die schulische und sonstige Bildung der jungen Generation aus Zuwandererfamilien verbessern muss. Die aktive Beteiligung und das Engagement der Zuwanderereltern, Vereine und Gruppen selbst an diesem Prozess ist allerdings unabdingbar. Der Migrationsrat wird auch an diesem Ziel beharrlich festhalten.

Zuwanderer/innen sind diejenigen Migranten/innen, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen und ihre Nachfahren (Personen mit Migrationshintergrund).

Der Begriff umfasst damit auch (Spät-) Aussiedler/innen, die zwar nach

ihrem Rechtsstatus überwiegend Deutsche sind, de facto aber auch Integrationsprobleme wie andere Zuwanderer haben. Ebenso umfasst der Begriff einen großen Teil der Flüchtlinge.

Die Arbeitsgruppe „Bildung“ hat bei den vorgeschlagenen Maßnahmen darauf geachtet, dass diese nahezu kostenneutral umzusetzen sind. Es geht ihr vielmehr darum, eine neue inhaltliche Ausrichtung und Vernetzung der vorhandenen Maßnahmen und einen Perspektivwechsel im Bildungsbereich zu erzielen.

1. Leitbilder

- **Bielefeld möchte jedem Kind – unabhängig von seiner Herkunft – bestmögliche Bildungschancen bieten.**
- **Mehrsprachigkeit sowie interkulturelle und interreligiöse Bildung sind wesentliche Elemente europäischen Selbstverständnisses. Dies ist auch in der neuen europäischen Verfassung vorgesehen sowie in einer Fülle von Beschlüssen des Ministerrates und des Europäischen Parlaments.**
- **Die spezifischen Fähigkeiten von Migranten sollen als Chance begriffen werden, nicht als Defizit oder Ärgernis im Alltag. Ihre natürliche Mehrsprachigkeit und ihre Erfahrungen im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen sind einzubauen in umfassende Konzepte. Es wäre ein unwiederbringlicher Verlust, wenn mehrsprachige Menschen wieder einsprachig werden, nur weil sie nicht in eine traditionelle Norm passen.**
- **Zweisprachige Konzepte unterstützen als Übergangslösung den Integrationsprozess. Koordinierte zweisprachige Alphabetisierung in Deutsch und einer Herkunftssprache sollte verankert werden.**

2. Ziele

- Mehr höherwertige Bildungsabschlüsse für Migrantenkinder
- Mehr Elternbeteiligung
- Verstärkte interkulturelle Ausrichtung der Kindertageseinrichtungen und Schulen aufgrund zunehmender Migrantenanteile (siehe Schulstatistik BZ Detmold)
- Einbeziehung / Nutzung der Potenziale der muttersprachlichen Lehrkräfte
- Systematische Sprachförderung (Erst- und Zweitsprache)
- Qualitätssicherung bezogen auf außerschulische Angebote (Standards, systematische Sprachförderung)
- Konzept für die Beschulung schulischer Seiteneinsteiger
- Ausbau und Unterstützung der Vernetzung von Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktakteuren mit Migrantenselbstorganisationen (Beispiel BQN Ostwestfalen-Lippe) zur Verringerung der Ju-

gendarbeitslosigkeit

3. Konkrete Maßnahmen

3.1. Kurzfristig

Bereichsübergreifende Maßnahmen:

- Umsetzung und Koordination der vom NRW- Schulministeriums finanzierten Integrationsstellen an Schulen durch Integrationsbeauftragte (z.B. engagierte Lehrer/innen) an Schulen
- Der Migrationsrat organisiert 2-mal jährlich Elterninformationsveranstaltungen.
- In den Kindergarten- und Schulstatistiken sollen auch Schüler/innen mit Migrationshintergrund ausgewiesen werden.

Maßnahmen im Elementarbereich

- Verringerung der Gruppenstärke in Kindertageseinrichtungen mit hohem Migrantenanteil.
- Neue Konzepte für Kindertagesgruppen, die ausschließlich aus Kindern mit Migrationshintergrund bestehen
- Umsetzung des Konzepts „Interkulturelle Erziehung in Bielefeld“

Maßnahmen im Schulbereich:

- Neue Konzeption der Seiteneinsteigerbeschulung unter Einbeziehung aller Schulformen umsetzen
- Interkulturelle Sensibilisierung als Schwerpunktthema der Fortbildungsangebote der Bezirksregierung für Lehrkräfte sowie
- Vermittlung der Methodik „Deutsch als Fremdsprache“ unter Beteiligung der Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft der Universität Bielefeld
- Konsequente Begleitung und Umsetzung der Fortbildungsinhalte in die Schulpraxis durch die RAA
- Vernetzung und Koordinierung aller vorschulischen und schulischen Sprachfördermaßnahmen in einem städtischen Gesamtkonzept.
- Sprachförderkonzepte (Deutsch als Fremdsprache) in den Schulen umsetzen, d.h. koordinierte Alphabetisierung und konsequente Sprachförderung in allen Lernfächern.
- Ausreichende Plätze in den Vorklassen an allen Bielefelder Berufsbildenden Schulen schaffen. Insbesondere
 - für Schüler/innen ohne Abschluss und
 - für Schüler/innen ohne Sprachkenntnisse sowie die

- Ausweitung über die Bereiche Metall und Hauswirtschaft/ Bekleidungs-technik hinaus
- Mehr Beratungswerkstätten an Schulen (als niedrigschwellige Beratungsangebote im Übergangsbereich von der Schule in den Beruf - Modell Marktschule) einrichten
- Die RAA soll die Funktion eines Bildungsbüros übernehmen.
U.a. eine Eltern-Hotline einrichten und Eltern motivieren und qualifizieren um in Elternvertretungen mitzuwirken.

3.2. Mittelfristig

- Gleichgewichtige Beteiligung aller Träger an der vorschulischen Erziehung der Migrantenkinder
- Intensivere Prüfung der Überweisungen in Sonderschulen für lernbehinderte Kinder sowie der Rücküberweisungen in die allgemeinbildenden Schulen
- Systematische Sprachförderung auch in den außerschulischen und Nachmittagsangeboten
- Muttersprachlicher Unterricht soll vormittags stattfinden und die Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass dieser inhaltlich mit dem Regelunterricht verknüpft wird.
- ***Wiederaufnahme der Kooperation der schulpsychologischen Beratung mit den muttersprachlichen Lehrkräften bzw. Einsatz zweisprachiger Kräfte***
- ***Initiierung Lernort „Bibliothek“ (Stadtbibliothek) nach Kölner Vorbild.***
- Die Stadt soll die Voraussetzungen schaffen, dass der Migrationsrat mit den Migrantenselbstorganisationen „Bildungsbeauftragte“ in den jeweiligen Vereinen initiieren kann (z.B. Zuschüsse zu den Sach- oder Honorarkosten).
- Der städtische Schulentwicklungsplan soll fortgeschrieben werden – mit dem Schwerpunkt „Migration bzw. Zuwanderung“
- Initiierung einer Broschüre „Deutsch lernen / Schulsystem und Ausbildung in Bielefeld“
- Berichte und Informationen in den fremdsprachigen Medien zur Schul-/ Ausbildungsthematik
- Ein dezernatsübergreifendes interkulturelles Integrationskonzept für die Stadt Bielefeld (Beispiele siehe Anlage: Integrationshandbuch des NRW- Innenministeriums und Sozialministeriums)
- Kommunale mehrsprachige Informationsplattform für Zuwanderer

(Beispiel Bundesintegrationsbeauftragte „Handbuch für Deutschland“)

* Migrationsrat - 25.05.2005 - öffentlich - TOP 10 - Drucksache *

Vorsitzende

Schriftführer